

Bush fordert neue Sanktionen gegen Myanmar

ORF_25 september

US-Präsident George W. Bush hat heute vor der UN-Vollversammlung in New York neue Sanktionen gegen die Militärjunta in Myanmar (Burma) angekündigt. Mit diesen Maßnahmen solle die Protestbewegung in Burma unterstützt werden.

Bush: "US-Volk schockiert"

"Das amerikanische Volk ist schockiert von den Ereignissen in Burma", sagte Bush. Er prangerte Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen durch die Militärjunta an, um dann zu erklären: "Die USA werden die Wirtschaftsanktionen gegen das Regime verschärfen sowie Visa-Einschränkungen für Mitglieder und Familien der Militärjunta." Die Nationen rief Bush auf, alle Hebel zu nützen, um gemeinsam Druck auf Burmas Militärführung zu erzeugen.

Ahmadinejad nur am Rande erwähnt

Gewissermaßen nur en passant erwähnte Bush in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung den gegenwärtig ärgsten Feind der US-Führung, den Iran, als er über brutale Regime klagte, die in Weißrussland, Nordkorea, Syrien und im Iran den Menschen die Grundrechte versagten. Mehr über den Iran kam nicht. Hingegen sprach er viel - und das leidenschaftlich - über Menschenrechte, Demokratie und Freiheit und die politischen und finanziellen Anstrengungen der USA für eine bessere Welt.

Auch Ban appellierte an Junta

Auch Generalsekretär Ban Ki-moon appellierte zum Auftakt der Vollversammlung eindringlich an die Militärjunta in Burma, die Proteste im Land nicht mit Gewalt zu beantworten. Die Verantwortlichen müssten größte Zurückhaltung üben und ohne jeden Aufschub den nationalen Versöhnungsprozess mit allen relevanten Seiten aufnehmen, erklärte Ban. Er werde sehr bald einen Sonderbeauftragten nach Burma entsenden.

Stärkung der UNO

Ban forderte auch eine nachhaltige Stärkung der UNO. Das Motto müsse sein: "Stärkere Vereinte Nationen für eine bessere Welt." Die Weltorganisation müsse schneller und flexibler werden und bei Krisen auch schon vorsorglich eingreifen. Mit den Konflikten in Darfur, Nahost, Irak und Afghanistan sowie dem Klimawandel stehe die Weltorganisation vor den größten Herausforderungen ihrer Geschichte, sagte er.

Klimawandel und Terrorismus vorrangig

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula Da Silva warnte, dass der Preis von Passivität gegenüber dem Klimawandel für die Menschheit einfach zu hoch wäre. "Der Erhalt des Lebens muss mehr zählen als sinnlose Habgier." Der Präsident der UN-Vollversammlung, Srgjan Kerim, kündigte an, dass sich das UN-Plenum in den kommenden zwölf Monaten vorrangig um gemeinsame Aktionen gegen den Klimawandel und den Terrorismus sowie um die Neustrukturierung des Weltsicherheitsrates bemühen werde. Die Vollversammlung ist "in der Tat das Parlament aller Völker weltweit", sagte er.

Soldaten werden zusammengezogen

ORF_25 september 2007

Die Militärjunta in Burma will der Demonstrationen gegen ihr Regime wieder Herr werden. Als erste Maßnahmen wurden am Dienstag Ausgangssperren für die Hauptstadt Rangun und die zweitgrößte Stadt Mandalay verhängt. Auch ein Versammlungsverbot für Gruppen von mehr als fünf Personen gilt jetzt. Damit sind die Demonstrationen für illegal erklärt worden. Unterdessen werden auch nach Angaben von Diplomaten seit Tagen immer mehr Soldaten in Rangun zusammengezogen. Ein Einsatz gegen Proteste wird so immer wahrscheinlicher.

Militär in den Startlöchern

Die Demonstrationen gingen ungeachtet der Drohungen weiter.

Nach tagelangen Protestdemonstrationen von Mönchen hat die Militärregierung in Burma ein Versammlungsverbot erlassen. Außerdem wurde am Dienstagabend in der Hauptstadt Rangun und der zweitgrößten Stadt Mandalay eine Ausgangssperre von 21.00 Uhr bis 5.00 Uhr verhängt, wie Bewohner berichteten.

Das Versammlungsverbot gilt den Angaben zufolge für Gruppen von mehr als fünf Personen. Die Maßnahmen sollen 60 Tage in Kraft bleiben.

Soldaten werden zusammengezogen
Südostasiatische Diplomaten berichteten unterdessen, dass in den vergangenen Tagen immer mehr Soldaten in Rangun zusammengezogen worden seien, zum Teil in voller Kampfmontur.

Zwei Divisionen des Heeres befanden sich am Dienstag demnach bereits in der Hauptstadt oder waren auf dem Weg dorthin. Üblicherweise bestehen Divisionen aus 10.000 bis 20.000 Soldaten.

Demonstrationen gingen weiter
Trotz Warnungen der Regierung hatten am Dienstag erneut zehntausende Menschen in Rangun friedlich demonstriert. Angeführt wurde der Protestmarsch wieder von buddhistischen Mönchen. Nach Berichten von Augenzeugen versammelten sich zwischen 25.000 und 50.000 Menschen bei brütender Hitze in Rangun.

Der Protest der Mönche wurde von mehreren Tausend Menschen bejubelt. Immer mehr Anhänger der Partei der Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi beteiligen sich ebenfalls mit Flaggen und Transparenten an den Protesten.

Suu Kyi in berüchtigtes Gefängnis gebracht
Suu Kyi ist nach Angaben einer gut unterrichteten Quelle ins Gefängnis gebracht worden, wie die Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag berichtete.

Sicherheitskräfte hätten die Trägerin des Friedensnobelpreises am Sonntag in die berüchtigte Haftanstalt Insein überstellt, hieß es am Dienstag in Rangun.

Mit Vertretern der Mönche getroffen
Die Tochter des 1947 ermordeten burmesischen Unabhängigkeitshelden General Aung San und Vorsitzende der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) hatte am Samstag vor ihrer Villa in Rangun Vertreter der Mönche begrüßt, die seit Tagen für Freiheit und Demokratie und gegen die Militärjunta demonstrieren.

Seitdem riegelten Sicherheitskräfte das Anwesen hermetisch ab. Laut Insidern sollte so nichts von der Verlegung ins Gefängnis nach außen dringen.

Seit Jahren unter strengem Hausarrest
Die 62 Jahre alte Suu Kyi, Symbolfigur des gewaltfreien Widerstandes gegen die Militärdiktatur, steht seit Jahren unter strengem Hausarrest.

Sie hat insgesamt elf der vergangenen 18 Jahre in Gefangenschaft verbracht und durfte selbst am Begräbnis ihres Ehemannes, des britischen Historikers Michael Aris, nicht teilnehmen.

Die NLD hatte die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Jahr 1990 mit Vierfünftelmehrheit gewonnen; das Militär hatte jedoch die Machtübergabe verweigert.

Druck auf Regime verschärft sich
Die internationale Gemeinschaft verstärkte derweil den Druck auf das Regime, nicht militärisch gegen die Demonstranten vorzugehen.

Proteste seit 19. August

Am Montag war es mit etwa 100.000 Demonstranten zu den größten regierungsfeindlichen Kundgebungen seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung 1988 gekommen.

Die Proteste waren nach der drastischen Erhöhung von Benzinpreisen am 19. August ausgebrochen.

Lage in Birma droht zu eskalieren

AFP_24 september 2007

Rangun — Die Lage in Birma hat sich dramatisch zugespitzt: Die Militärregierung drohte nach einer Demonstration von rund 130.000 Menschen in der größten Stadt Rangun damit, gegen die Protestbewegung vorzugehen. Brigadegeneral Thura Myint Maung traf mit buddhistischen Führern zusammen, um die Warnung zu überbringen. Sollten die , die an der Spitze der Proteste stehen, sich gegensätzlich zu den Prinzipien der buddhistischen Lehre verhalten, werde im Rahmen der Gesetze eingegriffen. Experten befürchteten ein Blutbad. Die internationale Gemeinschaft appellierte an die Junta, von Gewalt abzusehen.

In zwei Gruppen, die rund je zur Hälfte aus Mönchen und einfachen Bürgern bestanden, zogen die 130.000 Demonstranten durch Rangun. "Wir marschieren für das Volk", rief ein Mönch über ein Megaphon. Ein anderer rief die Demonstranten auf, sich friedlich zu verhalten und keine politischen Stellungnahmen abzugeben. Auf einem Spruchband war zu lesen: "Dies ist eine friedliche Massenbewegung." Die Proteste endeten nach rund fünf Stunden ohne Zwischenfälle mit Gebeten an mehreren Pagoden. Auch in den Städten Mandalay, Pakokku und Sittwe gingen Tausende auf die Straße.

Durch die stark gestiegene Zahl der Demonstranten ist die Herrschaft der Militärs nach Ansicht des Birma-Experten des Instituts für Asienstudien in Hamburg, Marco Bünthe, "akut gefährdet". "Jetzt muss eine Reaktion erfolgen", sagte Bünthe noch vor dem Bekanntwerden der Drohung durch die Generäle der "Berliner Morgenpost". Dafür komme eigentlich nur Gewalt in Frage. Das Militär, das das Land seit 45 Jahren regiert, werde sich die Macht "nicht so einfach nehmen lassen".

Die Eskalation in dem südostasiatischen Land, in dem die Proteste Mitte August nach einer Erhöhung der Treibstoffpreise begonnen hatten, beunruhigte auch die internationale Gemeinschaft; zahlreiche Länder riefen die Militärregierung zur Zurückhaltung auf. Die Machthaber müssten "Zurückhaltung" gegenüber den Demonstranten zeigen, forderte der EU-Außenbeauftragte Javier Solana. Die Bundesregierung bekundete ihre Sympathie für die "friedlich agierenden Demonstranten".

Auch der Dalai Lama solidarisierte sich mit den Mönchen. Freiheitsliebende Menschen auf der ganzen Welt sollten derartige friedliche Bewegungen unterstützen, erklärte das geistliche Oberhaupt der Tibeter. Er rief die Militärregierung in birma auf, in Übereinstimmung mit der buddhistischen Lehre zu handeln, die Mitgefühl und Gewaltfreiheit postuliere.

USA drängen auf Reformen in Myanmar

Der Spiegel on line_24 september 2007

Aus einem Protest gegen Preiserhöhungen wurden Massenmärsche gegen die Militärregierung: Die Demonstrationen gegen die Diktatur in Myanmar werden immer lauter. Nun bekommen die Mönche internationale Unterstützung. Die USA kritisierten die Junta in dem abgeschotteten Land scharf.

New York - Angesichts der massiven Demonstrationen gegen Myanmars herrschende Militärs drängen die USA auf demokratische Reformen in dem südostasiatischen Land. US-Außenministerin Condoleezza Rice übte scharfe Kritik an der Regierung: "Das birmanische

Volk verdient Besseres", sagte Rice am Sonntag in New York. "Es verdient das Recht, in Freiheit leben zu können, so wie jeder das tut." Das Regime von Birma sei für seine Brutalität bekannt und die USA beobachteten die Situation sehr genau. Auch US-Präsident George W. Bush werde sich mit dem Thema befassen, sagte Rice.

Mönchsmärsche in Myanmar: Die Junta hält sich zurück

In Myanmar hatten sich die Demonstrationen gegen die Militärregierung am Wochenende zu den größten Protesten seit fast 20 Jahren ausgeweitet. Auslöser für den Unmut der Bevölkerung war eine drastische Erhöhung der Benzin- und Gaspreise im vergangenen Monat. Seitdem wurden bei Demonstrationen mehr als 150 Menschen festgenommen. Die Proteste am Wochenende verliefen aber weitgehend friedlich.

Ein namentlich nicht genannter Diplomat aus dem südostasiatischen Raum sagte der Nachrichtenagentur AP, die Junta halte sich auch auf Druck Chinas zurück. Peking habe Myanmar zu einer vorsichtigen demokratischen Öffnung gedrängt, statt die Proteste niederzuschlagen. Der große Nachbar, der als wichtiger Unterstützer der Regierung in Myanmar gilt, fürchte demnach, ein gewaltsames Vorgehen könne sich negativ auf das Image Chinas auswirken.

Tausende marschieren in Rangun

Am Sonntag demonstrierten in der Hafenmetropole Rangun etwa 15.000 Menschen erstmals mit offen politischen Parolen gegen das Regime, berichteten Augenzeugen. "Freiheit für Aung San Suu Kyi!", forderten einige in Sprechchören. Die Friedensnobelpreisträgerin wird seit Jahren als politische Gefangene unter Hausarrest festgehalten. Am Samstag zeigte sie sich entgegen den Arrestauflagen erstmals seit vier Jahren kurz in der Öffentlichkeit, nachdem rund 2000 Mönche eine Straßensperre umgangen hatten und zu ihrem Haus gezogen waren.

Rund 3000 Mönche zogen gestern in Rangun zum größten Heiligtum des Landes, der 100 Meter hohen Shwedagon-Pagode. Sie trugen erstmals politische Plakate mit. Darauf stand zum Beispiel: "Gerechtigkeit wird Ungerechtigkeit bezwingen". Zu den Mönchen in ihren safranroten Roben gesellten sich erstmals auch 300 Nonnen ganz in Weiß. Mehr als 10.000 Menschen säumten die Straßen um die Pagode. Dort hatte Suu Kyi 1988 schon einmal vor zehntausenden Anhängern den Widerstand gegen das Militär angeführt. Damals wurde der Aufstand brutal niedergeschlagen. Etwa 3000 Menschen kamen dabei ums Leben.

Suu Kyi, die zwölf der vergangenen 18 Jahre in Haft oder unter Hausarrest verbracht hat, trat nach Angaben der Augenzeugen kurz vor ihre Haustür und begrüßte die Mönche mit Tränen in den Augen, berichteten Augenzeugen. "Gut gemacht", sagte sie nach diesen Angaben. Die Mönche zogen weiter.

MYANMAR: DER ROTE MARSCH

Am Sonntag waren die Zufahrtstraßen zu Suu Kyis Anwesen wieder völlig verbarrikiert. Dutzende Sicherheitskräfte standen Wache. Weder dort noch an der Shwedagon-Pagode schritten sie jedoch gegen Demonstranten ein. Das Regime in Birma ist wegen eklatanter Menschenrechtsverletzungen weltweit geächtet.

"Dies ist der Anfang vom Ende", prophezeite der frühere BBC-Analyst und Birma-Spezialist Jarry Jagan in einem Interview mit dem Fernsehsender ChannelNewsAsia. Mit dem Besuch bei Suu Kyi hätten die Mönche ihren Protest, der sich ursprünglich gegen Preiserhöhungen richtete, mit der Demokratieforderung der Opposition verknüpft und dem Militärregime den Kampf angesagt.

Eine im Untergrund gegründete Mönchsvereinigung rief die Birmanen nach Medienberichten auf, in ihren Hauseingängen abends als Zeichen der Solidarität 15 Minuten öffentlich zu beten. Die Vereinigung habe geschworen, erst aufzugeben, wenn die Militärregierung gestürzt ist, hieß es. Die Angaben ließen sich aber schwer prüfen. In dem Polizeistaat mit hunderten Spitzeln wagt niemand, offen zu reden.

In Birma gibt es schätzungsweise 400.000 Mönche. Wie viele davon sich dem Widerstand angeschlossen haben, ist unklar.

Bundesregierung fordert Reformen und Dialog in Birma

Reuters_24 september 2007

Berlin - Die Bundesregierung fordert angesichts der Massenproteste in Birma echte Reformen und einen umfassenden politischen Dialog in dem südostasiatischen Land.

Deutschland unterstütze alle friedlichen Formen der Meinungsäußerung, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes am Montag in Berlin. Er forderte die Freilassung der seit Beginn der Proteste inhaftierten Demonstranten sowie ein Ende des Hausarrestes für Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. "Wir wünschen uns dringend, dass auch sie freigelassen wird", sagte der Ministeriumssprecher.

Den seit Tagen andauernden Protesten von Mönchen in der Hauptstadt Rangun schlossen sich am Montag Zehntausende andere Menschen an, die Demokratie und nationale Aussöhnung verlangten. Die seit fast 20 Jahren größten Demonstrationen gegen die Militärregierung hatten sich an einer drastischen Erhöhung der Benzin- und Gaspreise im August entzündet.

20.000 Menschen demonstrieren gegen Militärjunta in Birma

AFP_23 september 2007

Mit einer Rekordzahl von 20.000 Demonstranten und einer Begegnung zwischen buddhistischen Mönchen und der unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi haben die Proteste in Birma am Wochenende eine neue Dimension erreicht. Am Sonntag marschierten rund 10.000 Mönche durch die Straßen von Rangun, der größten Stadt des Landes, gefolgt von ebenso vielen Unterstützern aus der Bevölkerung. Unterdessen kritisierte US-Außenministerin Condoleezza Rice zu Beginn eines Treffens mit ihrem chinesischen Kollegen Yang Jiechi in New York das "brutale Regime" in Birma.

Am Samstag ließen Sicherheitskräfte rund 2000 Mönche und einfache Bürger überraschend zum Haus Aung San Suu Kyis ziehen, die auf die Straße trat und die Besucher begrüßte. Was Mitte August als Protest gegen eine Erhöhung der Treibstoffpreise begann, weitet sich nach und nach zu massivem, friedlichem Widerstand gegen die Militärregierung aus. Treffpunkt war wie auch schon an den Vortagen die berühmte Shwedagon-Pagode, Wahrzeichen und religiöses Symbol des Landes. Auf dem Marsch zur Sule-Pagode im Stadtzentrum schwoll die Zahl der Demonstranten von rund 5000 auf 20.000 an. Zahlreiche Sympathisanten säumten die Straßen.

Die Protestierenden forderten die Freilassung Aung San Suu Kyis und anderer politischer Gefangener. Eine kleine Gruppe von etwa 120 Mönchen und 100 Unterstützern trennte sich von der Hauptkundgebung und zog erneut zu der Straße, in der die 62-jährige Friedensnobelpreisträgerin wohnt und die normalerweise gesperrt ist. Diesmal ließen die Sicherheitskräfte sie jedoch nicht passieren. Am Samstag hatten die Robenträger rund 20 bewaffneten Beamte Augenzeugen zufolge überredet, die Straße freizugeben.

Nach Angaben einer US-Außenamtssprecherin will Rice am Donnerstag am Rande der UN-Vollversammlung mit den Mitgliedern der ASEAN-Staaten über die Krise in Birma sprechen. Die Ministerin wolle die Mitglieder des südostasiatischen Staatenbundes überzeugen, sich für demokratische Reformen in Birma einzusetzen. Am Dienstag beginnt in New York die UN-Vollversammlung.

Rice kritisiert "brutales Regime"

Der Standart_23 september 2007

Nach den Demonstrationen zehntausender Menschen in Burma wächst der internationale Druck auf die dortige Militärregierung. US-Außenministerin Condoleezza Rice kritisierte am Sonntag zu Beginn eines Treffens mit ihrem chinesischen Kollegen Yang Jiechi in New York das "brutale Regime" in Burma (Myanmar).

"Das burmesische Volk verdient etwas Besseres", sagte Rice. Die USA verfolgten die Situation sehr aufmerksam. US-Präsident George W. Bush habe zur Lage in dem asiatischen Land ebenfalls "sehr klare Worte" gefunden, betonte die Ministerin.

Reformen

Nach Angaben einer US-Außenamtssprecherin wollte Rice am Donnerstag am Rande der UN-Vollversammlung mit den Mitgliedern der ASEAN-Staaten über die Krise in Burma sprechen. Die Ministerin wolle die Mitglieder des südostasiatischen Staatenbundes überzeugen, sich für demokratische Reformen in Burma einzusetzen. Auch der britische Außenminister David Miliband kündigte an, die Lage in Burma bei den Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen. Am Dienstag beginnt in New York die UN-Vollversammlung.

Die ASEAN äußerte sich am Sonntag zurückhaltend zu den Demonstrationen. Er hoffe auf einen friedlichen und ruhigen Verlauf der Proteste, sagte ASEAN-Generalsekretär Ong Keng Yong am Sonntag in Manila. Burma wurde 1997 in die Organisation aufgenommen, deren Mitglieder hofften seinerzeit indirekt auf demokratische Reformen in dem Land hinwirken zu können. Die Strategie ging jedoch nicht auf, und die ASEAN wurde häufig wegen ihrer zu nachgiebigen Haltung gegenüber den Militärmachthabern in Burma kritisiert.

Myanmar — Von der Kolonie zum Armenhaus

Gruene-jugend_07.09.2007

Die knapp 60 Jahre mit ständigem Wechsel von bewaffneten Konflikten, BürgerInnenkriegen und "sozialistischer" Militärdiktatur sind der Grund für die heutige Lage eines der ärmsten Länder der Welt. Der Artikel von Sebastian Nagel schildert die ethnischen Konflikte, den Terror des Militärs und die Lage der Menschenrechte in Myanmar.

Das Militär als Mittel zum Machterhalt

Die Artikelserie "Vergessene Konflikte" auf gruene-jugend.de arbeitet mit zahlreichen AutorInnenbeiträgen die Brandherde der Welt auf, denen in der öffentlichen Debatte immer weniger Aufmerksamkeit zukommt. Die Artikel spiegeln dabei lediglich die Meinung der AutorInnen wieder.

Der Diktator: Than Shwe

Nach der Unabhängigkeit Birmas 1948 erklärte sich auch der Karen-Staat, von einer der größten Minderheiten-Ethnie, für unabhängig. Dieser Staat wurde von burmesischer Seite jedoch nicht anerkannt, sodass infolge dessen immer wieder RebellInnen-Gruppen für die Unabhängigkeit kämpften. Inzwischen wird von rund zwanzig verschiedenen Gruppierungen ausgegangen.

Nach vermehrten Unruhen putschte sich das Militär 1962 an die Macht und versucht seitdem den Widerstand der Minderheiten zu brechen. Nicht nur Verhaftungen und Vertreibungen folgten schnell, sondern auch die Abschaffung sämtlicher bis dahin bestehender demokratischer Institutionen. Seit dieser Zeit wurde in Birma eine staatliche Wirtschaftspolitik betrieben, die von der Regierung als "Sozialismus" bezeichnet wurde und den wirtschaftlichen Untergang des Landes einleitete, auch als 1972 das Militär die Führung

abgab und eine Zivilregierung installiert wurde der sogenannte "sozialistische" Weg weiter verfolgt.

Weitere Putschversuche folgten. 1988 schlussendlich übernahm das Militär erneut die Macht in Birma und beendete diese Wirtschaftspolitik, die Birma in den Ruin getrieben hatte. Die dann folgenden ersten freien Wahlen 1990 endeten mit einer Niederlage für die Offiziere und dem Wahlsieg der Opposition. Diese Wahl wurde jedoch nie von der Militärregierung anerkannt.

In Myanmar gibt es also zwei parallele, aber nicht unabhängige, Konflikte, einerseits der Kampf der Minderheiten für einen unabhängigen Staat, auf der anderen Seite die Bestrebung um Demokratie. Hinzu kommen noch, jederzeit zum Ausbrechen bereite, Konflikte mit Thailand über den gemeinsamen Grenzverlauf, über Drogenhandel und vor allem Streitigkeiten über die aus Myanmar flüchtenden Menschen. So greifen burmesische Militärs immer wieder Flüchtlingslager im Norden Thailands an, wobei dann auch thailändische Dörfer nicht verschont werden. Unerwünschte Ethnien — Vertreibung und Flucht

In einem Auffanglager hinter der thailändischen Grenze

Myanmar, als multi-ethnischer Staat, wird von über 130 verschiedenen Ethnien bewohnt, wobei die BurmesInnen, als größte Gruppe nur rund die Hälfte davon ausmachen. Diese Zersplitterung ist wohl eines der Hauptgründe für die Forderung nach einem eigenen Staat vieler Minderheiten und die folgenden Vertreibungen und Konflikte. Die Schätzungen für die Zahlen der Binnenflüchtlinge (IDP = Internally Displaced Persons) reichen von 540.000 bis zu 1,5 Millionen. Zusätzlich leben zur Zeit rund 140.000 Menschen, zum Teil seit über 20 Jahren, in Lagern auf der thailändischen Seite der, teilweise noch umstrittenen, Grenze.

Im Jahr 2004 gab es Umstrukturierungen innerhalb der Armeeführung, wodurch sich die Lage weiter verschärfte. Trotz zahlreicher, zuvor geschlossener, Waffenstillstandsabkommen zwischen RebellInnengruppen und der Armee kam es in Folge dessen wieder zu verstärkten Kampfhandlungen. Befördert durch Forderungen des Militärs, dass sich die RebellInnen ergeben und ihre Waffen abgeben sollen, kam es 2005 zu teilweiser Aufkündigung einzelner Waffenstillstandsabkommen. Tödliche Kampfhandlungen und Großoffensiven des Militärs, vielleicht von der Regierung oder den RebellInnen initiierte Bombenanschläge folgten und führten zu erhöhten Flüchtlingszahlen seit 2004 bis heute. Momentan bestehen mit den 17 größten Gruppen Abkommen, dennoch kommt es immer wieder zu Anschlägen, zuletzt Ende Juni 2007, wobei unklar bleibt, ob diese nicht von der Regierung selbst verübt wurden, um die Repression zu rechtfertigen.

Die Rolle des Militärs.....in der Diktatur

Das Militär spielt nicht nur eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der täglichen Angst und zum Machterhalt der Militärdiktatur, sondern es ist auch eine Bedingung für die Führung des Landes. Künftig soll eine neue, gerade in der Ausarbeitung befindliche, Verfassung den Offizieren ein Drittel aller Parlamentssitze sichern. Zusätzlich soll das Staatsoberhaupt 15 Jahre Militärkarriere hinter sich haben müssen. Dass durch eine neue Verfassung sich für die Menschen faktisch nichts verschlechtert, liegt an der bereits praktisch seit 1962 herrschenden Militärdiktatur.

Natürlich wurden zu der verfassungsgebenden Konferenz keine RegimekritikerInnen zugelassen, Die einzigen freien Wahlen fanden 1990 statt, gewonnen hat die Oppositionspartei "Nationale Liga für Demokratie" mit einem Stimmenanteil von 80%. Doch nicht nur, dass die Wahlen von der herrschenden Junta nicht anerkannt wurden, es wurden infolge dessen auch vermehrt politische GegnerInnen in Gefängnissen festgehalten. ...bei den Menschenrechten

Spontane Rebellionen der Zivilbevölkerung in den Städten

Mittlerweile geht amnesty international von rund 1185 gewaltlosen politischen Häftlingen aus, die Vereinten Nationen sprechen von mindestens 1700 politischen Gefangenen. Für ausländische Medien besonders interessant ist der Fall von der Parteichefin der NLD und

Friedensnobelpreisträgerin Aung Sang Suu Kyi. Sie hatte 1991 den Nobelpreis gerade für ihre Bemühungen um eine Demokratisierung Myanmars erhalten. Doch seit ihrem Wahlsieg hat sie, bis auf wenige Jahre, ununterbrochenen Hausarrest.

Dass bedeutet neben der Einschränkung der Bewegungsfreiheit, keinen, außer ärztlichen, Besuch, kein Telefon, kein Internet; somit kaum Möglichkeiten sich weiter für die Demokratie einzusetzen. Sie ist, wie gesagt, nur eine von vielen, doch als Symbol, insbesondere auch in westlichen Medien, sorgt ihr Schicksal immer noch für die dringend notwendige Aufmerksamkeit.

...bei Frauen und Kindern

Die rund 400.000 Menschen umfassende Armee sorgt nicht für die Erhaltung der Macht, sondern ist verantwortlich für systematische Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe. Vor allem Frauen und Mädchen der Minderheiten müssen nach der Flucht aufgrund von Zwangsumsiedlung und systematischer Vertreibung in den Umsiedlungslagern mit Übergriffen der Militärs rechnen. Doch nicht nur dort, auch in den Dörfern der Minderheiten-Ethnien soll die Bevölkerung durch sexuelle Gewalt eingeschüchtert werden; dafür wird den Soldaten sogar die ausdrückliche Erlaubnis und Straffreiheit seitens des Staates erteilt. Myanmar steht außerdem ganz oben auf der "Schwarzen Liste" der UN in Bezug auf Kindersoldaten. Schätzungen gehen von bis zu 60.000 Kindersoldaten aus, die aus der Bevölkerung zwangsrekrutiert werden. Damit hatte Myanmar im Jahr 2004 die höchste Anzahl an Kindersoldaten weltweit. Die jüngsten Kindersoldaten sollen gerade einmal 11 Jahre alt sein.

Armut in Myanmar

Nicht nur die mittlerweile zur Normalität gewordenen systematischen Vergewaltigungen lassen das Risiko für HIV enorm ansteigen. Sondern auch die Tatsache, dass viele burmesische Frauen und Mädchen in Nachbarländer verschleppt und verkauft wurden um dort in Bordellen gehalten zu werden. Insgesamt stellt die Bevölkerung Myanmars keinen unerheblichen Teil der Sexindustrie von Pakistan und Thailand dar.

Laut Schätzungen wird von inzwischen 620.000 HIV-Infizierten ausgegangen, dazu eine kommt eine weiter steigende Prävalenzrate, obwohl Myanmar schon die dritthöchste Prävalenzrate (ca. 1,2%, d. h. 12 von 1000 untersuchten Menschen haben HIV) in Asien besitzt. Befördert wird das ganze noch durch die aktuelle Politik. Nicht nur, dass Kinder als Soldaten eingesetzt werden, es wird ihnen faktisch auch eine gute Schulbildung verwehrt. Nach Schätzungen brechen über die Hälfte der Kinder die Schule noch während der Primarschule ab, sodass diese dann besonders gefährdet sind für die alltägliche Zwangsarbeit, Prostitution und Menschenhandel. Insgesamt werden nur 0,3% des BIP (= Bruttoinlandsprodukt/engl.:GDP = Gross Domestic Product) für Investitionen ins Bildungswesen verwendet. Das ist einer der niedrigsten Werte weltweit und verwehrt der Bevölkerung jegliche Chancen; so steigt auch die AnalphabetInnenrate jährlich.

Chancen der Zivilbevölkerung — Ende der Hoffnung

Die Entstehung einer Zivilbevölkerung oder einer größeren demokratischen Bewegung wird durch außergerichtliche Hinrichtungen und Folter von RegimekritikerInnen genauso verhindert wie durch Überwachung des Internet- und Telefonverkehrs. Besonders wichtig erscheint wohl die Schließung sämtlicher Universitäten im Land über mehrere Jahre hinweg in den 90er Jahren.

Auch die Pressefreiheit ist extrem stark eingeschränkt, bei einem Index von "Reporter ohne Grenzen" bezüglich der Pressefreiheit liegt Myanmar auf einem der letzten Plätze nur noch vor Kuba, Eritrea, Turkmenistan und Nordkorea. Durch den fehlenden Widerstand und fehlende Informationen und Kommunikation verwundert es kaum, dass Myanmar auch, laut dem Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International (TI), zu den fünf korruptesten Ländern auf dieser Welt gehört. Das alle diese Dinge stark voneinander abhängen und ihre gemeinsame Ursache in dem dauernden Konflikt und der Militärregierung haben, zeigt wie schwierig eine schnelle Lösung gefunden werden kann.

Dass diese aber gefunden werden muss, um das Leiden der Minderheiten, aber auch der ganzen Bevölkerung zu beenden, sollte stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken. Der für die Demokratie streitenden Opposition werden eher Chancen zur Lösung der Probleme eingeräumt, als den durchaus militanten RebellInnengruppen, die eigene Staaten für die Minderheiten-Ethnien fordern. Immer wieder aufkommende Zeichen einer Öffnung der Militärregierung hinsichtlich demokratischer Reformen, vergingen meistens schneller als sie kamen.

Für diesen Sommer wurde die neue Verfassung und danach folgende Wahlen angekündigt, wozu das führt, bleibt abzuwarten. Rückschläge in den vergangenen Tagen, nach einer von der Regierung ausgelösten Benzinpreiserhöhung um 500% am 14. August, zeigten die Probleme. So wurden mehrere Demonstrationen in den vergangenen Wochen brutal niedergeschlagen, viele DemonstrantInnen festgenommen. Proteste werden von der Polizei frühzeitig gestoppt, militärische Kräfte werden zusammengezogen. Die Militärführung will anscheinend jegliche Versuche unterbinden, friedlichen Protest entstehen zu lassen. Das widerspricht sowohl den Ankündigungen als auch den Hoffnungen.

Scheinbare Demokratisierungen und scheinbare Verbesserungen der menschenrechtlichen Situation hat in den vergangenen Jahren viele innerhalb und außerhalb Myanmars hoffen lassen. Da diese Hoffnung nie längerfristig bestätigt wurde, fällt das Hoffen immer schwerer.

Besorgnis nach dem Ausgang der Beratungen des Verfassungskonvents in Birma

France Diplomatie_5 september 2007

Frankreich hat den Ausgang der Beratungen des Verfassungskonvents in Birma mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Wir bedauern, dass es bei dieser Gelegenheit nicht zur Aufnahme eines demokratischen Dialoges gekommen ist, wozu Frankreich und seine europäischen Partner Birma unaufhörlich auffordern. Aufgrund der Nicht-Beteiligung der wichtigen Oppositionsbewegungen fehlte es diesem Konvent an Glaubwürdigkeit, vor allem im Hinblick auf Versöhnung und Demokratisierung.

Vor diesem Hintergrund fordert Frankreich die birmanesischen Behörden auf, zur Ausarbeitung einer Verfassung einen echten Dialog mit allen politischen Parteien und Minderheitsbewegungen, vor allem mit der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), aufzunehmen.

Darüber hinaus verurteilt Frankreich die in den letzten Tagen stattgefundenen Verhaftungen von Demonstranten.

Myanmar: Mönche nehmen Beamte als Geiseln

Europolitan_7 september

Hier klicken für weitere Infos...

Rangun - Buddhistische Mönche haben am heutigen Donnerstag in Myanmar eine Gruppe von Regierungsbeamten als Geiseln genommen. Dabei steckten sie vier Autos in Brand und sperrten die Staatsdiener in einem Kloster ein. Die Beamten waren dorthin gekommen, um sich bei den Mönchen für Gewaltakte der Regierung am Tag zuvor zu entschuldigen.

Im Zuge einer ganzen Reihe von Demonstrationen hatte am Mittwoch in dem in der Landesmitte gelegenen Pakokku ein Protestmarsch mit hunderten von Mönchen stattgefunden, um gegen die drastische Erhöhung der Benzinpreise zu protestieren. Die Sicherheitskräfte der Militärjunta, die Myanmar seit 1962 regiert, lösten die friedliche

Demonstration nach wenigen Stunden auf. Sie schossen in die Luft und schlugen mit Bambusstöcken auf die Mönche ein.

Eine gewaltige Menschenmenge hat sich innerhalb kurzer Zeit nach der Geiselnahme um das Kloster versammelt, von Polizei- oder Sicherheitskräften fehlt bislang jede Spur. Für die Militärregierung kann es gefährlich werden, etwas gegen die Mönche zu unternehmen. Nur unweit von Pakokku liegt Mandalay, ein religiöses Zentrum und Heimat von 300.000 Mönchen.

„Sie scheinen nervös zu sein. Sobald die Mönche in Mandalay anfangen sich aufzulehnen, werden sie nicht mehr in der Lage sein, die Situation zu kontrollieren“, äußerte sich ein Politiker aus Rangun dazu.

Immer wieder spielten buddhistische Klöster in Myanmar eine große Rolle bei politischen Umwälzungen. Mönche protestierten in der Vergangenheit sowohl vehement gegen den britischen Kolonialismus, als auch gegen spätere militärische Diktaturen. Die jetzige Regierung unterdrückt allerdings bislang ziemlich erfolgreich jegliche politische Äußerungsversuche seitens der Mönche.

Die Reaktion der Regierung Myanmars auf die Demonstrationen hat internationale Kritik hervorgerufen. „Es ist unentschuldig, dass wir diese Art tyrannischen Verhaltens in Asien haben“, kommentierte US-Präsident George W. Bush am Mittwoch die Lage.

Proteste begleiten Ende des Verfassungskonvents in Birma

AP_3 Sep. 2007

Rangun (AP) Angesichts der stärksten Protestwelle seit zehn Jahren in Birma hat ein von der Militärregierung einberufener Konvent am Montag einen Verfassungsentwurf vorgelegt. Die Junta sieht darin den ersten von sieben Schritten in Richtung Demokratie und freie Wahlen. Einen Zeitplan gibt es jedoch nicht.

Die Opposition bezeichnete den Konvent als «Farce» - die rund 1.000 Delegierten, die seit 18. Juli tagten, waren von der Junta handverlesen.

Von der einseitig erarbeiteten Verfassung könne keine Wahrung der Menschenrechte oder die Einführung der Demokratie erwartet werden, erklärte die Partei der unter Hausarrest stehenden Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die NLD.

Die Streitkräfte verhinderten am Montag einen Protestmarsch von Oppositionsgruppen auf, es gab mehrere Festnahmen. Seit Mitte August, als die Regierung die Preise für verschiedene Güter und Benzin drastisch erhöhte, kommt es immer wieder zu Protesten, Dutzende Oppositionspolitiker und Demonstranten wurden festgenommen. Der UN-Menschenrechtsexperte für Birma, Sergio Pinheiro, erklärte am Freitag, mehrere Verhaftete seien geschlagen und gefoltert worden.

Der britische Premierminister Gordon Brown forderte am Montag, den Druck auf das Regime zu erhöhen. Weil sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechterten, sollten «alle Länder und Organisationen, die Einfluss nehmen könnten, Druck auf das Regime machen». Auch der UN-Sicherheitsrat solle sich mit dem Thema befassen.

Die Streitkräfte sollen nach dem Verfassungsentwurf, der bislang nur teilweise in staatlichen Medien veröffentlicht wurde, weiterhin eine zentrale Rolle im Staat spielen. Seit dem Militärputsch 1988 hat Birma keine gültige Verfassung mehr.

Birmas Militärjunta beschließt Grundzüge einer Verfassung

Reuters_3 Sep. 2007

Die Militärjunta in Birma hat sich nach 14-jährigen Vorarbeiten auf die Grundzüge einer Verfassung geeinigt, die eine Demokratisierung des Landes einleiten soll.

Damit könne die Arbeit am Entwurf für ein Grundgesetz beginnen, erklärte der Ministerpräsident und Chef der Nationalversammlung Generalleutnant Thein Sein vor 1000 handverlesenen Abgeordneten weiter. Zugleich kündigte er am Montag ein Referendum, Wahlen und eine Versammlung des Parlaments an, nannte aber keinen Zeitplan für die Pläne.

Birma wurde 1948 unabhängig von Großbritannien und zählt mittlerweile zu den ärmsten Ländern Asiens. Prominentestes Opfer der Militärdiktatur des Landes ist die 62-jährige Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die in den vergangenen 17 Jahren mehr als elf Jahre hinter Gittern saß.